

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Gronau/Münster, 4. Mai 2020

Sonderzug mit Uranmüll von Gronau nach Amsterdam / Russland gestartet

Proteste in Gronau, im Kreis Steinfurt, in Münster und Amsterdam

Am Montagvormittag hat unter Protest um 11.13 Uhr ein Sonderzug mit Uranmüll mit vermutlich 600 Tonnen abgereichertem Uranhexafluorid (UF₆) die Urananreicherungsanlage Gronau verlassen. Erstes Fahrtziel ist der Hafen von Amsterdam, von wo der Uranmüll per Schiff nach Russland transportiert wird. Der Uranfrachter Mikhail Dudin liegt schon seit einigen Tagen im Amerikahafen von Amsterdam.

Schon um 8 Uhr begann am Montag vor der Gronauer Urananreicherungsanlage eine Protest-Mahnwache, weitere wurden im Laufe des Vormittags im Kreis Steinfurt in Burgsteinfurt sowie in Nordwalde, und in Münster (beim Güterbahnhof), durchgeführt. An den Aktionen beteiligten sich rund 50 – 60 Personen, die Gesichtsmasken trugen und Abstandsregelungen beachteten.

Zwischen Nordwalde und Altenberge hatte der Zug offenbar einen Aufenthalt von etwa 20 Minuten. Von Münster fuhr der Zug Richtung Hamm und von dort Richtung Unna / Hagen weiter. Beobachtungen zufolge hat der Zug zwischenzeitlich Hagen passiert und ist weiter auf dem Weg Richtung Amsterdam.

„Bei einem Transportunfall mit Uranhexafluorid-Freisetzungen müsste die Bevölkerung weiträumig evakuiert werden. Das ist unter normalen Umständen kaum machbar. In Corona-Zeiten müsste solch eine Katastrophe unbedingt verhindert werden. Letztlich ist die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik unser Ziel“ betont Udo Buchholz, Gronauer Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Die Route der Uranmüllzüge, die häufiger fahren, führt von Gronau über Steinfurt, Münster, Drensteinfurt, Hamm, den Kreis Unna, das Ruhrgebiet, Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Venlo und viele niederländische Orte bis zum Hafen Amsterdam. Nach der Verschiffung nach St. Petersburg geht es per Bahn weiter zum Zielort Novouralsk bei Ekaterinburg. Novouralsk ist eine sog. "Geschlossene Atomstadt" aus sowjetischen Zeiten, die für Außenstehende nur mit Sondergenehmigung zu betreten ist. In Novouralsk wird der Uranmüll unter freiem Himmel für unbestimmte Zeit gelagert.

"Es ist unfassbar, dass der Urenco-Konzern derart uneinsichtig seinen Atommüll auch während der Corona-Pandemie ohne jede Vorabinformation für die Bevölkerung auf die Reise schickt. Es ist zudem absolut unverantwortbar, dass Urenco den Menschen in Russland die Verantwortung für den weiteren Umgang mit dem Gronauer Uranmüll zuschiebt. Nun müssen die Menschen dort den Preis bezahlen für die gescheiterte Atommüllentsorgung in Gronau. Kein verantwortungsbewusstes

Unternehmen würde so handeln. Die Uranmüllexporte und die Urananreicherung in Gronau müssen dringend beendet werden," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Erst Anfang April hatte sich die Stadt Münster beim Urenco-Konzern gegen die Urantransporte durch Münster ausgesprochen. Auch Grüne und Linke kritisieren die Atommüllexporte nach Russland. Sowohl Anfang April wie auch am letzten Montag hatten Anti-Atomkraft-Initiativen in Gronau und Münster sowie auch in den Niederlanden gegen die Urantransporte mit Mahnwachen protestiert. Die Corona-kompatiblen Mahnwachen waren zum Teil gerichtlich durchgesetzt worden.

Anti-Atomkraft-Initiativen und der BBU werden weiterhin den Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage und die Uranmüllexporte mit Protest begleiten – bis zur Stilllegung der Anlage und bis zum Verbot des Uranmüllexportes. Derzeit kann im Internet eine Petition gegen Urananreicherung, Atomwaffen und Uranmüllexporte unterschrieben werden:

www.ostermarsch-gronau.de

Hintergründe:

Die Urananreicherungsanlage in Gronau wird vom Urenco-Konzern betrieben. Sie gehört zu je einem Drittel dem niederländischen und britischen Staat – das deutsche Drittel teilen sich RWE und EON zu gleichen Teilen. Die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung üben die fachliche und politische Atomaufsicht über die Urananreicherung in Gronau aus. Beide Regierungen lehnen eine Stilllegung der Urananreicherungsanlage im Rahmen des deutschen Atomausstiegs bislang ab. Dagegen gab es in den letzten Jahren immer wieder Proteste von Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden. Erst im Januar hatten die russischen Umweltorganisationen Greenpeace und Ecodefense im Bundesumweltministerium 70 000 Unterschriften aus Russland gegen die Uranmüllexporte überreicht.

Kontakt:

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023
Udo Buchholz, AKU Gronau/BBU, Tel. 02562-23125, 0178-9050717

Weitere Infos:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de